Dann muss man die Leute eben zu ihrem GlÃ¼ck zwingen! Herbert Tingstens Buch â??Political Behaviorâ?? von 1937 und seine Bedeutung fÃ¼r die Debatte um die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung heute

Description

Von Florian Rabuza

Niedrige Wahlbeteiligung geht mit sozial verzerrter, also ungleicher, Wahlbeteiligung einher. Dies ist die Hauptaussage von Herbert Tingstens Klassiker der Wahlforschung â??Political Behaviorâ?? von 1937. In diesem Blogbeitrag soll diese Behauptung im Lichte der heutigen empirischen Forschung neu bewertet werden. Dabei wird insbesondere die EinfÃ¼hrung von Wahlpflicht als Mittel zur BekÃ¤mpfung politischer Ungleichheit durch niedrige Wahlbeteiligung kritisch diskutiert.

Die Politikwissenschaft ist eine relativ junge wissenschaftliche Disziplin. Obwohl sie mittlerweile ein betrÃ¤chtliches Wissenskorpus erzeugt hat, sind Erkenntnisse von universeller Reichweite, die also unabhÃ¤ngig von Ort und Zeit gÃ¼ltig sind, rar. Tingstens sog. *Law of Dispersion* erhebt den Anspruch eine der seltenen Ausnahmen zu sein und sein Name macht klar, dass es sich als GesetzmÃ¤Ã?igkeit des politischen Lebens verstanden wissen will. In seinem Buch â??Political Behaviorâ?? von 1937 legt Tingsten seine Theorie dar. Die wesentliche Aussage lÃ¤sst sich wie folgt zusammenfassen: Je niedriger die Wahlbeteiligung ist, desto stÃ¤rker ist die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung zugunsten der AngehÃ¶rigen hÃ¶herer Statusgruppen, die sich vor allem durch ihre Position in der sozialen Schichtung der Gesellschaft widerspiegeln. Tingsten betont in diesem Zusammenhang vor allem den elektoralen Effekt der ZugehÃ¶rigkeit zur Arbeiterklasse. Die Partizipationsrate dieser BevÃ¶lkerungsgruppe ist bei niedriger Wahlbeteiligung viel geringer als ihr Anteil an der GesamtbevÃ¶lkerung Soziale Verzerrung bedeutet demnach die politische Ã?berreprÃ¤sentation gewisser Gruppen, da sie Ã¼berproportional hÃ¤ufig an Wahlen teilnehmen. Dies kann dann auch in eine Verzerrung der ResponsivitÃ¤t mÃ¼nden, wenn die Politik den Interessen der Ã¼berreprÃ¤sentierten sozialen Gruppen in hÃ¶herem MaÃ?e Rechnung trÃ¤gt.

Tingsten demonstriert das mit Wahldaten aus LÃ¤ndern wie Deutschland, England, Ã?sterreich, Schweden und der Schweiz. Das herausragende Verdienst von Tingstens Werk ist sicher, dass es als eine der ersten modernen Wahlstudien gesehen werden muss, die auf einer breiten Datengrundlage und mit statistischen Verfahren arbeitet. Beim Lesen hÃ¤lt man manchmal inne und ist erstaunt Ã¼ber die AktualitÃ¤t des eben Gelesenen. Auch das fachliche Vokabular lÃ¤sst kaum erahnen, dass wir es mit einem Text zu tun haben, der nun bald 80 Jahre alt ist.

Die Argumentation ist intuitiv gut nachvollziehbar und klingt sehr plausibel. Ob es allerdings angemessen ist, der Theorie Gesetzesrang zuzugestehen, ist eine empirische Frage, die die Forschung erstaunlicher Weise nur relativ selten getestet hat. Der niederlÃ¤ndisch-amerikanische Politikwissenschaftler Arend Lijphart argumentiert z.B. in seiner stark rezipierten *Presidential Address*, die er in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender der *American Politial Science Association* 1996 (publiziert 1997) gehalten hat, dass die EinfÃ¼hrung einer allgemeinen Wahlpflicht die LÃ¶sung des Problems sozialer Verzerrung durch geringe Wahlbeteiligung sei.

â??Low voter turnout means unequal and socioeconomically biased turnout. This pattern is so clear, strong, and well known in the United States that it does not need to be belabored further. [â?¦] There is, however, abundant evidence of the same class bias, albeit usually not as strong, in other democracies.â?? (Lijphart 1997: 2).

Lijphart spricht sich stark fÃ¼r institutionelle Reformen aus, die die Etablierung einer Wahlpflicht zum Gegenstand haben und betont diese Notwendigkeit insbesondere in LÃ¤ndern mit einer generell geringen Wahlbeteiligung, wie z.B. die Vereinigten Staaten. Mit dieser Forderung setzt Lijphart natÃ¼rlich voraus, dass Tingstens Theorie GÃ¼ltigkeit hat. Der nÃ¤chste Abschnitt widmet sich genau dieser Frage.

Tingstens Law of Dispersion im Lichte der aktuellen Forschung

JÃ¼ngere Arbeiten, die sich dem Thema Wahlbeteiligung und politischer Ungleichheit annehmen, lassen zumindest Zweifel an der universellen Reichweite von Tingstens Gesetz aufkommen, da es Ergebnisse gibt, die es bestÃ¤tigt sehen und andere, die Tingstens Theorie nur eingeschrÃ¤nkt unterstÃ¼tzen. Richard Sinnott und Christopher Achen zeigen mit amerikanischen und europÃ¤ischen Daten, dass von UniversalitÃ¤t kaum gesprochen werden kann und dass Tingstens Theorie sich vornehmlich auf die

jÃ¼ngeren unerfahrenen WÃ¤hler anwenden lÃ¤sst. Persson und Kollegen hingegen analysieren Daten aus Schweden und finden empirische Evidenz, die den Annahmen von Tingstens Theorie entspricht.

Die Abbildung stellt eine AnnÃ¤herung an das Problem dar, indem sie den Zusammenhang zwischen sozialer Verzerrung der Wahlbeteiligung durch formale Bildung und der HÃ¶he der Wahlbeteiligung veranschaulicht. Soziale Verzerrung ist dabei gemessen als StÃ¤rke des Bildungseffekts in einem Land. Je stÃ¤rker der Effekt formaler Bildung ist, desto hÃ¶her ist die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung, die durch ZugehÃ¶rigkeit zu unterschiedlichen Bildungsgruppen resultiert. Technisch gesprochen kann man den Effekt als VerÃ¤nderung der Wahrscheinlichkeit eines Individuums wÃ¤hlen zu gehen in Prozentpunkten interpretieren, wenn dieses Individuum ein zusÃ¤tzliches Jahr formaler Bildung erwirbt. Je stÃ¤rker sich diese Wahrscheinlichkeit verÃ¤ndert, desto stÃ¤rker ist der Einfluss von Bildung auf die individuelle Wahlbeteiligung.

(Zum VergrÃ¶Ã?ern Grafik anklicken)

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen der HÃ¶he der Wahlbeteiligung und dem durchshcnittlichen MArginaleffekt formaler Bildung. Der durchschnittliche Marginaleffekt entspricht der durchschnittlichen ErhÃ¶hung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit einer WÃ¤hlerin pro zusÃ¤tzlichem Bildungsjahr. Der Effekt ist in Dezimalstellen skaliert, so dass z.B. der Wert 0,05 auf der Y-Achse einer um 5 Prozentpunkte erhÃ¶hten Wahrscheinlichkeit zu wÃ¤hlen pro zusÃ¤tzlichem Bildungsjahr entspricht. Die Daten entstammen dem European Social Suvrey (Wellen 1 bis 5).

Die Richtung des Zusammenhangs fasst die Gerade zusammen, die von links oben nach rechts unten abnimmt. Das bedeutet, dass der Zusammenhang tatsÃ¤chlich negativ ist, wie es Tingstens Gesetz annimmt. Der Zusammenhang ist allerdings ziemlich schwach ausgeprÃ¤gt, was sich an der flachen Steigung der Geraden erkennen lÃ¤sst. Der Zusammenhang ist also zumindest unter den untersuchten europÃ¤ischen LÃ¤ndern nicht sonderlich stark ausgeprÃ¤gt. Wenn man noch genauer hinsieht, spricht sogar einiges dafÃ¼r, dass der Zusammenhang nicht linearer Natur ist, sondern zunÃ¤chst ansteigt, um dann bei mittlerer Wahlbeteiligung wieder abzufallen. Dies wÃ¼rde bedeuten, dass der die soziale Verzerrung durch die unterschiedliche Wahlbeteiligung zwischen den Bildungsgruppen bei mittlerer Wahlbeteiligung am grÃ¶Ã?ten ist.

Wahlpflicht als ultimatives Heilmittel gegen sozial verzerrte politische Teilhabe?

Welche Empfehlungen kann die Politikwissenschaft auf Grundlage ihrer Erkenntnisse zur sozialen Verzerrung der politischen Teilhabe an die Politik richten? Sollte man z.B. Lijpharts Forderung nach der EinfÃ¼hrung von Wahlpflicht Folge leisten und die Menschen zu ihrem politischen GlÃ¼ck zwingen? Die Antwort auf diese Fragen ist schwierig. ZunÃ¤chst einmal scheint die empirische Evidenz fÃ¼r Tingstens Gesetz inkonsistent zu sein. Auch wenn Studien zeigen, dass es Muster politischer Ungleichheit existieren, die dem sog. Gesetz entsprechen, scheint es zumindest Kontexte zu geben, wo das Gesetz nicht uneingeschrÃ¤nkt gÃ¼ltig ist. Dies spricht gegen institutionelle Reformen, die nicht auf wohlinformierter Grundlage, d.h. auf Grundlage empirischer Datenanalysen, beruhen, die den Nachwies erbracht haben, dass die Wahlbeteiligung sozial verzerrt ist. Generell ist es nÃ¤mlich durchaus mÃ¶glich, dass die Wahlbeteiligung niedrig ist und trotzdem nur in geringem MaÃ?e sozial verzerrt.

Zweitens erwachsen normative Probleme aus der Reformierung politisch-institutioneller Systeme. Die EinfÃ¼hrung von Wahlpflicht stellt einen radikalen Eingriff in die politische Selbstbestimmung der Menschen dar. In Zeiten zunehmender Individualisierung wÃ¤re die Akzeptanz solcher Reformen sicher gering. Dies lÃ¤sst die Frage aufkommen, ob es Ã¼berhaupt eine Koalition aus parlamentarischen Parteien finden lieÃ?en, die bereit sind das Risiko einzugehen den Status quo, der ihnen ja offensichtlich zu Pass kommt, zu

Ã¤ndern.

Drittens zeigen Studien aus LÃ¤ndern in denen Wahlpflicht herrscht, dass ihr Effekt auf die Wahlbeteiligung auch sehr gering sein kann. Dies hÃ¤ngt vor allem damit zusammen, ob die Nichteinhaltung stark sanktioniert ist oder nicht. Dies geschieht vor allem Ã¼ber die Erhebung von BuÃ?geldern, kann aber auch wie in Thailand den Verlust des aktiven Wahlrechts zur Folge haben. Australische VerhÃ¤ltnisse mit Wahlbeteiligungsraten bei 90% sind auch mit Wahlpflicht kaum zu erreichen, wenn sich diese nicht in einem lÃ¤ngeren Prozess zum Bestandteil einer politischen Kultur geworden ist.

Aus den oben genannten GrÃ¼nden halte ich eine EinfÃ¼hrung von Wahlpflicht nicht unbedingt fÃ¼r das Mittel der Wahl, um politischer Ungleichheit zu begegnen. Eine interessante Alternative ohne Zwangscharakter, der normativ allerdings auch nicht unproblematisch ist, stellt die EinfÃ¼hrung von Wahllotterien dar. Der Anreiz zur Wahl zu gehen soll durch die MÃ¶glichkeit etwas gewinnen zu kÃ¶nnen erhÃ¶ht werden. Allerdings ist auch fraglich, ob hierdurch wirklich eine substantielle ErhÃ¶hung der Wahlbeteiligung erreicht werden kann. Der beste Weg um ungleicher Wahlbeteiligung zu begegnen besteht darin die Wahlbeteiligung auf ein allgemein sehr hohes Niveau zu heben. Die Frage ob das gelingen kann, ist in vielen LÃ¤ndern wohl eher pessimistisch zu beantworten.

Verwendete Quellen

Tingsten Herbert (1937): Political Behavior. London: P.S. King.

Weitere Quellen

Lijphart, Arend (1997): Unequal Participation. Democracies Unresolved Dilemma. Presidentail Address American Political Science Association 1996. In: American Political Science Review 91(1), 1-14.

Persson, Mikael/Solevid, Maria/Ã?hrvall, Richard (2013): Voter Turnout and Political Equality: Testing the â??Law of Dispersionâ?? in a Swedish Natural Experiment. In: Politics 33(3), 172-184.

Rabuza, Florian (o.D.): Der Einfluss formaler Bildung auf politische Partizipation in Europa. Eine empirische Analyse. Dissertationsprojekt UniversitÃ¤t Duisburg-Essen.

Sinnott, Richard/ Achen, Christopher (2008): Voter Dropoff in Low Â?Salience Elections. Unpublished Manuscript.

Date Created
November 25, 2013
Author
politikwissenschaft_h1c5yk